

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 314.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Umkreis 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Zahlung erfolgt vierteljährig. — Preisveränderungen vorbehalten. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle, Schulstraße 10. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle, Schulstraße 10. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle, Schulstraße 10.

Zweite Ausgabe

Abbestellungsstellen für die sächsischen Kreisverwaltungen oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pfennig, außerhalb 25 Pfennig. — Abnahme am Schluß des redaktionellen Zeitraums bis zum 1. Juni. — Abnahme am Schluß des redaktionellen Zeitraums bis zum 1. Juni.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Verleger Straße Nr. 61/62
Bureau 8108 u. 8109; Redaktionsbureau 8110

Mittwoch, 8. Juli 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 20
Bureau Amt Kurier Nr. 6290
Zwei und Verlag von Otto Galle, Halle (Saale).

Wamhoffs ungehaltene Rede.

Nach dem jetzt vorliegenden authentischen Bericht über die Kölner Tagung des Sächsischen Bauernbundes haben an ihr auch die beiden Abg. Koppe und Wamhoff, zwei Führer des jugendlichen Bauernbundes, teilgenommen, ohne sich indes an der Erörterung irgendwie zu beteiligen. Dieses Schweigen wird nicht allereris als natürlich empfunden werden. War doch der Hauptpunkt der Tagesordnung der Kampf gegen den läudlichen Zolltarif, d. h. der Kampf gegen die Kleinbauern, da ja die Forderung des läudlichen Zolltarifs ausschließlich die Berücksichtigung derjenigen kleinbäuerlichen Erzeugnisse (Obst, Gemüse, Milch) erzieht, die unter den geltenden Handelsverträgen schußlos ausgegangen sind. Der läudliche Zolltarif müßte so die gegebene Barole eines wahren Bauernbundes sein und, da der Abg. Wamhoff hätte daher in Köln das Wort zu folgender Rede nehmen können:

„W. S. als Führer des Deutschen Bauernbundes kann ich nur meinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Sächsischer Bauernbund dem von mir mitangeleiteten Deutschen Bauernbund immer wieder schimpflich antworten die Barole wirft. Hier gibt es kein ausweichendes „Aber“ — aber“ — hier heißt es: Entweder — oder! Entweder ist der Sächsischer Bauernbund, wie er gern vorgibt, ein Freund der Landwirtschaft und dann muß sein Streben darauf hinauslaufen, auch und gerade den kleinen Landwirten einen angemessenen Schutz ihrer Erzeugnisse zu gewährleisten und dazu den Kampf für den läudlichen Zolltarif nach Möglichkeit zu unterstützen. Oder der Sächsischer Bauernbund bekämpft den läudlichen Zolltarif und dann kann er, der Gegner gerade der kleinen Landwirte, sich erdreiste nicht als Freund der Landwirtschaft hinstellen. Bedenken Sie aber auch, wie nachteilig Ihre Agitation gegen den läudlichen Zolltarif die Agitation des Deutschen Bauernbundes erschweren muß. Unsere Abgeordneten sind wiederholt für neue Agrarvorläge für die Erhöhung bestehender Agrarvorläge eingetreten. Als nationalliberaler Sprecher hat unter Dr. Böhmert erst in diesem Jahre im Reichstage beim Etat des Reichsausschusses den kleinen Landwirten Zolltarif verlangt. Muß da die nationalliberale Partei nicht in den Verdacht kommen, eine Politik mit doppeltem Boden zu treiben, wenn heute ein anerkannter nationalliberaler Führer des Sächsischen Bauernbundes, wie Herr Dr. Stresemann, sich mit einseitiger Schärfe gegen die Ausfüllung von Büden im Zolltarif, diese Forderung der Kleinbauern, auspricht? Und von diesen parteipolitischen Erwägungen abgesehen, warum will der Sächsischer Bauernbund darauf legen, als Feind der Kleinbauern zu gelten? Warum will er dem Bund der Landwirte den Ruf einflößen, allein einen gleichmäßigen Schutz der gesamten landwirtschaftlichen Produktion zu erstreben? Dr. Stresemann hat nun aber unumwunden eingestanden, daß die Zolltarife nicht in Deutschland anzuwenden sind, sondern im Ausland. Diese Feststellung macht ich mir gern zu eigen, begreife aber nicht ganz, warum dann gleichwohl der Sächsischer Bauernbund seinen Feind immer im Innern sucht, statt die landwirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen und diese Kräfte mit dem von mir vorgeschlagenen nationalen Agrarvorlage gegen das Ausland zu richten. Nicht minder herabsetzt unterirdisch die Vernehmung des Abg. Herrn von Nitschhofen, daß niemand bei uns im Vaterlande ausschließlich Produzent oder Konsument ist. Freilich scheint mir, als sei mit dieser dankenswerten Feststellung Ihres Geschäftsführers Ihrer ganzen Erörterung der Boden der sachlichen Berechtigung entzogen. Sie können doch unmöglich bei Andeutung und Handwerk den Produzentenstandpunkt vertreten, und sobald Sie von den Kleinbauern reden, bieten gegenüber mit einem lausig unmöglichen Frontwechsel das einseitige Konsumenteninteresse betreten. Trotzdem war zu meinem Erstaunen dieser unmögliche Frontwechsel der rote Faden, der sich durch die hier geschriebenen Vorträge zog. Herr Geschäftsführer Falkenberg hat mir ein schlechter Sachwalter der Festhaltenen, wenn er nur höhere Schalter für die Beamten heißt, ohne den übrigen Volksschichten auch die Möglichkeit zu geben, die erforderlichen Summen zu verdienen. Und bei Dr. Stresemann hat mein guter Magen schlechterdings den Widerspruch nicht verdauen können, daß er nach Steigerung des industriellen Exports ruft und gleichzeitig die bis zur Ausfuhrmöglichkeit geliegerte heimische Roggenzenergie als vollkommensfähig nicht normal absetzen möchte. Wer soll denn bei so handgreiflichen Widersprüchen noch an die von Herrn Reichert behauptete, Dr. Rieseher proklamierte „Wirtschaftspolitik“ glauben können?

Alle hier gegen den läudlichen Zolltarif gehaltenen Reden stehen und fallen mit der stillschweigenden Annahme, daß jeder neue Agrarvorlage unermittellich mit einer Preis-erhöhung des betreffenden Produkts verbunden sei. Wie irrig diese Annahme ist, braucht Ihnen als vollkommensfähig gebildeten Männern nicht erst auseinandergelegt zu werden. Um so unbegreiflicher freilich ist mir Ihre gesamte Erörterung und ihre bauernfeindliche Tendenz. Ein Zoll wird doch niemals preissteigernd wirken, wenn die von ihm zu erwartende Einfuhrverringeringung durch eine gesteigerte

inländische Erzeugung wettgemacht werden kann. Die bilouischen Handelsverträge brachten uns einen Zolltarif. Und die Folge? Erhöhte Produktion im Innern und nicht steigende, sondern fallende Preise! Ziel des Zolls kann ja auch gar nicht die Preissteigerung sein, sondern die Herstellung der von ihm geschützten Ware im Inlande. Diese Getreidepolitik sollten auch Sie bei den noch ungeklärten Gemüthsfragen, die Obst und Milch, nachdrücklich zu fördern suchen. Damit würden Sie sich um Landwirtschaft und um das gesamte Vaterland mehr verdient machen, als wenn Sie — versehen Sie das harte Wort — demagogische Ueberreibungen wie die unbefundene Behauptung, die Forderungen des Bundes der Landwirte müßten ein Beamtenbudget um 150 M. erhöhen, stillschweigend hinnehmen. Sagen Sie nicht, unbekannt trügerischen Affektionen nach, wenn Sie so tun, als sei der Zweck des Unverfügens der Zoll? Wir haben Getreidefälle und doch unfällig niedrige Getreidepreise; wir haben Viehzüchter und doch ungenügend niedrige Schweinepreise! Sollten Sie daher in Wahrheit dem Verbraucher dienen, so hätten Sie nach den Gründen suchen müssen, weshalb denn in den Großstädten die Schweinefleischpreise den bis unter die Produktionspreise gesunkenen Schweinepreisen noch immer nicht gefolgt sind. Bei dieser unbegreiflichen Unterlassung dürfen Sie sich nicht wundern, wenn man auf dem Lande und in den Kreisen der denkenden Stände der Sächsischen nicht als den Träger „der gerechten Wirtschaftspolitik“ anerkannt. Dabei habe ich noch nicht einmal in Rechnung gesetzt, daß ein jeder Bauer, der auf dem bescheidenen Agrarvorläge zu rütteln als Flug und angemessen angesehen, daß fortan wird kein denkender Bauer Ihre Vorgehen, auch der Landwirtschaft freundlich gegenüberzustehen, ernst nehmen können; ja, kein Bauer kann auch nur zu denen halten, die sich vom Sächsischen nicht unbedingt feindselig abgeben. Von Ihren bauernfeindlichen Reden werde ich natürlich auch unserem Herrn Präsidenten Wamhoff die Werte berichten, und ich bin überzeugt, auch er wird — wie bisher — Ihre Agitation gegen den läudlichen Zolltarif auf schärfste beurteilen und künftig jede Gemeinshaft mit Ihnen ablehnen.

So unangenehm die Rede, die Herr Wamhoff auf der Kölner Tagung des Sächsischen Bauernbundes hätte halten können und nach vieler Bauern Meinung hätte halten müssen. Herr Wamhoff wird aber sicherlich nicht ungehalten darüber sein, daß die Grundzüge dieser ungehaltenen Rede hier noch nachträglich angedeutet worden sind.

Morganatisch.

In demselben Augenblick, in dem Admiral v. Müller dem Kaiser auf der Rielor Wache die Nachricht überbrachte, daß österreichische Kronfolgerpaar sei ermordet, brach Kaiser Wilhelm II. das Rennen ab, reiste von Kiel nach Berlin, und ließ seine beabsichtigte Teilnahme an den Verlobungsfeierlichkeiten für Franz Ferdinand und die Erzherzogin zu Gobenberg dem Wiener Hof melden. Er ist schließlich zu Hause geblieben. Ein Herrenhof nahm ihm, wie man alsbald las, die Bewegungsfreiheit und beschrieberte die Reise. Aber auch Prinz Heinrich von Preußen, der statt seiner dem Trauergefolge angeschlossen sollte, blieb daheim. Er hatte keine Herrenhof, und die Wiener „Reichspost“ schrieb ganz offen, das Ausbleiben aller fremden Fürstlichkeiten liege nur daran, daß das Wiener Zeremoniell auch durch den Tod nicht aufgehoben werde; die Gemahlin des ermordeten Kronfolgers sei eben unebenbürtig gewesen, sei ihrem Mann nur morganatisch angeheiratet, und da schide es sich nicht, daß hinter ihrem Sarge würdige Erzherzoginnen oder gar Monarchen entblöhten Hauptes einherzögen.

Wer verließen vollkommen, daß bei morganatischen Ehen die Bestimmungen des Hausgesetzes ungehalten werden, das geblüht nicht um der Fürsten, sondern um des Volkes willen, denn die Nation soll die Sicherheit haben, daß ihr Herrscherhaus eine Neuzugung ist. Prinzen und Könige sind auch Menschen. Würde kein Hausgesetz sie benachteiligen, wenn sie eine Tochter aus dem Volke“ heimführten, so wäre es bald soweit, daß die Wälder von Sängern und Tänzerinnen regiert würden. Nicht immer, natürlich. Aber vielleicht in jeder dritten oder vierten Generation. Und aus unferen alten Geschlechtern würde ein Gemisch unerbäuerlichen Blutes, das man an den Nachkommen merken würde; Katarde haben gewöhnlich die höchsten Eigenschaften beider Eltern, während die guten sich viel schwerer vererben. So finden wir es denn auch erklärlich, daß Erzherzog Franz Ferdinand im vollen Bewußtsein von der Tragweite seines Schrittes für seine Frau und seine Nachkommen auf alle kaiserlich-königlichen Ehren verzichtete. Aber daß man nun nach dem Tode des Raates um der morganatischen Frau willen, deren Sarg in der Kirche eine Stufe tiefer aufgestellt wird und aus billigerem Metall zusammengefügt ist, den Erzherzog Franz Ferdinand deshalb ohne jedes Gebränge beisetzt, weil er eine morganatische Ehe geschlossen hatte, das geht denn doch ein gutes Stück über die Gebühr hinaus, mit der man sonst berartige bössche Erretnisse sich abspielen sieht.

Der Erzherzog Franz Ferdinand ist durchaus nicht „beiläufig“ in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes gewesen. Dazu war seine erste, farge Art ihm im Wege. Aber es gab wohl seine Deterreider, der nicht gemüßt hätte, daß dieser Erzherzog die starke Hoffnung des Vaterlandes sei, daß insbesondere im Kriegsfall ihm und seinem Kommando die gesamte Wehrmacht des Reiches unterfände. Nun hätte man mindestens annehmen müssen, daß in Wien und nachher die Donau entlang bis zur Grufftable Heer und Flotte Spalterbildung übernommen hätte. Aber auch das ist verboten. Wirklich nur der engste Kreis der Familienangehörigen war zugelassen, und diesen engen Kreis spannte man in den engen Rahmen der höchsten, allzu spanischen Gräfte. Ihren Erzieher, ihren Führer zum Siege, auf den sie gläubig vertraut hatten, mußte die Österreichisch-ungarische Heeresmacht ungeleitet zum Grabe schieben lassen.

Franz Ferdinand tat seine letzte Reise wie ein Mann, der seine Rolle verloren hat. Sogar jeder General der gemeinsamen Armee wäre mit mehr militärischen Ehren befestigt worden. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß Kaiser Wilhelm, selbst wenn er seinen Herrschaft bekommen hätte, Bedenken trug, den Eiferfretter durch seine Anwesenheit in Wien und Artigkeiten noch mehr zu schüren, statt zu einer Beruhigung beizutragen. In der deutschen Armee hat man jetzt den dringenden Wunsch, das wenigstens von anderer Seite aus alles geklärt, was, das Andenken des höchsten Oberkommandierenden der verbündeten Armeen für kommende Geschlechter zu erhalten. Er war Chef eines preussischen Infanterie-Regiments. Das diesem Regiment jetzt der Name des Heimgangenen verliehen würde, wäre für alle tiefer empfindenden Deutschen und Deterreider eine maßre Herzenfreude.

Deutsches Reich.

Reform der Strafvollstreckung gegen Jugendliche.
Am Vorlage ging im Auftrage des preussischen Justizministeriums eine aus dem Herrn Geh. Oberjustizrat Blafitz, Geh. Obergerichtspräsident Schlofer, Geh. Staatsanwalt Dr. Diemann und Director Kempis, Superintendent der Erziehungsanstalt von Wobben, bestehende Kommission zum Studium des amerikanischen Gefängniswesens nach den Vereinigten Staaten. Diese Regierungskommission bearbeitete seine Zeit ihr zeitlich festgelegtes Material in einem ausführlichen Bericht, der für eine Reform der Strafvollstreckung gegen Jugendliche mannigfache Anregungen bot. Nach dem Urteil der Studienkommission hat das Vollstreckungswesen der Vereinigten Staaten im allgemeinen bereits Höchstmaß erreicht für uns, bis auf die Behandlung der jugendlichen Verbrecher. Bei den schätzreichen Verhältnissen in Amerika an Ort und Stelle richtete denn auch die Kommission auf diesen Punkt ihr Hauptaugenmerk. Es wurden zahlreiche Erziehungs- und Beförderungsanstalten für Jugendliche in Augenblicke genannt. In allen diesen Anstalten hat man es, wie Geh. Oberjustizrat Blafitz, der Vorsitzende der Studienkommission, berichtet, in hervorragender Weise verstanden, jugendliche Hebel wieder zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft heranzuziehen. Man erreicht dies durch weitgehende Berücksichtigung von Sport, Spielen und allen Arten körperlicher Bewegung wie auch durch die Erziehung von Lehrgenossen, deren mütterliche Anlege- und Aufsichtsbereitschaft höchst lobenswert ist. An diesem Punkte ist die amerikanische Strafvollstreckung der unferen gar zu weit überlegen, so daß sich eine Reform im Sinne der eigenartigen amerikanischen Strafvollstreckung gegen Jugendliche als sehr lobend erweisen würde. Der jugendliche Verbrecher darf nicht unter allen Umständen das Gefühl haben, ein Ausgestoßener, ein Gefangener zu sein, man muß ihm mehr Bewegungsfreiheit gönnen, wie dies die Amerikaner erfolgreich getan haben. Die ersten Früchte der Studienreise, gewissermaßen die ersten Anfänge zu einer Reform unserer Strafvollstreckung gegen Jugendliche sind bereits zutage getreten. Die Ausarbeitung der Straf-anstalten Klagen- und Wronne räumen der körperlichen Ausbildung einen nicht unerheblichen Platz ein, wie auch die Wärdigen der Gefängnisanstalten in letzter Zeit einen starken Zuwachs erfahren haben. Am wichtigsten aber ist, daß man bei uns das amerikanische Prinzip der Sonderanstalten für Jugendliche aufgreifen hat. Die verurteilten errichtete Anstalt in Württemberg wird bald zeigen, inwiefern sich das amerikanische Straf-vollstreckungssystem für Jugendliche auch bei uns bewährt.

Kleinere politische Nachrichten.

Der neue österreichische Botschafter für Berlin bei Kaiser Franz Josef. Kaiser Franz Josef hat den neuernannten Botschafter für Berlin Grafen Gottfried zu Sollenlohe-Schillingfürst in längerer besonderer Audienz empfangen.

Das neue Weingese. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Forderung der Bestimmungen zur Ausfüllung des Weingese vom 27. Juni 1914.

Die rote Wache als letzte Rettung. Unter dieser Überschrift schreibt die in Elberfeld erscheinende „Bergrichter Wärdige Zeitung“:

Die sozialdemokratische Presse Deutschlands veröffentlicht jetzt die definitive Zusammenfassung der Erfolge, die die rote Wache gebracht haben soll. In der bürgerlichen Presse werden die betreffenden Jünger unserer Ansicht nach noch viel zu ernst genommen. Selbst gibt uns nun die sozialdemokratische Organisation für den Winter des Wärd in die Hand, nachzuprüfen, was es mit der Zukunft der sozialdemokratischen Ideen in vergangenen Jahre aus sich gehabt hat. In ihrem Jahresbericht teilt diese sozialdemokratische Organisation mit, daß sie ihre

